

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

GERECHTIGKEIT IST DIE GLEICHBERECHTIGTE

TEILHABE ALLER Wie gerecht Gesellschaften organisiert sind, zeigt sich unter anderem darin, inwiefern alle Menschen gleiche Rechte und praktische Möglichkeiten besitzen, Entscheidungen, die ihr Leben berühren, zu beeinflussen und jede Stimme im Diskussionsprozess gleiche Berücksichtigung findet. Global betrachtet bezieht sich diese Frage ebenso auf das Verhältnis der Staaten des Globalen Nordens zu den Staaten des Globalen Südens, denken wir nur an Veranstaltungen wie die G20! Die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller wird sicher in keinem Land der Welt umgesetzt. Schon allein deswegen ist Überheblichkeit der Staaten des Globalen Nordens wegen vermeintlicher Überlegenheit in punkto Gerechtigkeit gegenüber sogenannten 'Entwicklungsländern' nicht angebracht.



DISKRIMINIERUNG FINDET

ÜBERALL STATT Benachteiligungen oder gar kumulative Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, der ethnischen Zugehörigkeit, der Sexualität, wegen Behinderungen, aufgrund des Geschlechts oder politischer Gesinnung sind weltweit an der Tagesordnung! Aktuelle Debatten um die "Ehe für alle", Lohngerechtigkeit, bei der Beurteilung von Asylanträgen oder Straßenumbenennungen zeigen den Nachholbedarf in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen auch

für Deutschland auf. Dabei sind die Unterdrückung und Marginalisierung von Gruppen überall auf der Welt ein Mittel zur Verschleierung des Strebens nach Macht und Profit. Menschenrechte werden gegen mehr wirtschaftliche Vorteile der Mächtigen getauscht! Freihandelsverträge, Rückführungsabkommen und (Stellvertreter-)kriege sind Beispiele, die das Verhältnis des Globalen Nordens zu den Staaten des Globalen Südens kennzeichnen.

SOLIDARITÄT BRAUCHT TEILHABE UND PARTNER-SCHAFTLICHKEIT Auf bestehende globale Machtverhältnisse aufmerksam zu machen und auf lokaler Ebene benachteiligte Minderheiten und Marginalisierte in ihren Menschenrechten zu unterstützen, sind unsere zentralen Anliegen! SODI arbeitet dabei nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern partnerschaftlich. Dejan Marković von FRS, unserem lokalen Partner in Serbien, bringt es für die Minderheit der Roma auf den Punkt, wenn er sagt: "Man sollte mit den Roma reden und sie einbeziehen, anstatt immer nur über sie zu reden". Globale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander können wir nur gemeinsam schaffen.

Herzlich, Ihre

Sorah W. Kalo

Geschäftsführerin SODI e.V.

- 2 EDITORIAL
- 3 ZUKUNFT MITGESTALTEN
 Teilhabe weltweit stärken
- **4 SERBIEN**Für eigene Interessen kämpfen
- 6 MOSAMBIK
 Umweltbildung fängt von unten an
- 8 VIETNAM
 Entwicklung in Eigenregie
- 10 BLEIBE (R)ECHT STATT BLUTRECHT
- 11 SOLIDARITÄT MIT ROMA IN DEUTSCHLAND UND EUROPA
- 12 "WEM GEHÖRT DIE STADT? UNS!" Elena Messner über Widerstand und Protestkultur in Belgrad
- INTERVIEW
 mit Karin Strumpf
 Beauftragte für Städtepartnerschaften
 des Bezirks Berlin-Lichtenberg
- 14 DRAUFSICHT IN BAMENDA

 Gemeinsam eine Doku drehen –
 Das Draufsicht-Team in Bamenda
- 15 TERMINE & AKTIONEN

 Das sollten Sie in den nächsten

 Monaten nicht verpassen
- 16 ZUKUNFT VERERBEN
 Infoveranstaltung zum Thema
 Erbrecht

ZUKUNFT MITGESTALTEN

Teilhabe weltweit stärken

Weltweit befinden sich laut Flüchtlings-kommissariat der Vereinten Nationen weit mehr als 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Ursachen dafür sind zahlreich. In der europäischen Öffentlichkeit werden vor allem bewaffnete Konflikte und politische Verfolgung als berechtigte Fluchtgründe angesehen, auch um die Möglichkeiten für Geflüchtete zu reduzieren, nach Europa zu kommen. Armut und Mangel an Lebensgrundlagen, auch aufgrund des fortschreitenden Klimawandels oder Diskriminierungen, werden als Fluchtgründe weniger anerkannt ebenso wenig wie die Tatsache, dass der Globale Norden die Gründe für Flucht mitverursacht. Die Perspektivlosigkeit insbesondere junger Menschen in vielen Staaten des Globalen Südens wird beispielsweise durch Freihandelsabkommen für neokoloniale Wirtschaftsaktivitäten des Globalen Nordens zulasten des Südens noch verstärkt. Auch "Entwicklungshilfe" wird zum politischen Instrument, um Machtverhältnisse zu reproduzieren und Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Das wollen wir nicht hinnehmen, Wir kämpfen mit unseren Soli-Projekten für die Teilhabe aller Menschen weltweit!

Das zentrale Anliegen von SODI ist die partnerschaftliche Unterstützung besonders benachteiligter Minderheiten und Marginalisierter in ihrem Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung.

In der serbischen Hauptstadt Belgrad erhalten von Armut und Diskriminierung betroffene Roma in Stadtteilzentren juristische und psychologische Beratung. Dies ist der erste Schritt in Richtung Teilhabe und Selbstbestimmung. In der mosambikanischen Hauptstadt Maputo solidarisieren wir uns mit den besonders von Armut betroffenen Bevölkerungsschichten und ermutigen Schüler*innen, ihre eigenen Umweltschutzprojekte umzusetzen. Die jungen Menschen lernen, ihre eigene Zukunft nachhaltig zu gestalten. Gemeinsam mit einem lokalen Partner unterstützt SODI die Bewohner*innen aus vier Dörfern der vietnamesischen Provinz Yen Bai, damit sie ihre eigenen Infrastrukturprojekte umsetzen können. Die Armutsrate sank bereits um 50 Prozent. Mit Ihrer Unterstützung können wir die Welt

ein Stück gerechter machen. Wie, das erfahren

Sie auf den folgenden Seiten.

Patricia Schulte Referentin für Fundraising



Serbien Seite 4–5 Im Beratungsgespräch werden vor allem die Hürden der Bürokratie angegangen.



Mosambik Seite 6–7 Alte Flaschen und Papier recyceln die Schüler*innen im Umweltbildungsprojekt.



Vietnam Seite 8–9 In einer ersten Bedarfsanalyse legen Frauen und Männer gemeinsam fest, welche Projekte für die Gemeinschaft wichtig sind.

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE PROJEKTE WIE DIESE MIT IHRER SPENDEI

Spenden Sie bitte unter dem Spendenkennwort "Teilhabe stärken". Wir setzen Ihre Spende dort ein, wo sie am dringendsten benötigt wird.

Vielen Dank!



SPENDENKONTO

Solidaritätsdienst International e.V. Bank für Sozialwirtschaft IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00 BIC: BFSWDE33BER

Sie möchten mehr über unsere Projekte erfahren:

Patricia Schulte, Referentin für Fundraising Tel.: (030) 920 9093 - 15 E-Mail: patricia.schulte@sodi.de

Lesen Sie mehr über die drei Projekte: www.teilhabe-staerken.sodi.de

03-2017 TITELTHEMA



Wie kann die Lage der Roma in Serbien verbessert werden? Diese Frage stellte sich Dejan Marković schon seit langem. Er ist aktiv in der linken Gruppe "Roma Forum Srbije" (RFS), die sich für die Belange der Minderheit in der ehemaligen jugoslawischen Republik engagiert. Sie lebt dort gefährlich. Immer häufiger berichten lokale Medien von Übergriffen. Mitte Juni 2017 wurde ein 15jähriger Rom in Belgrad zusammengeschlagen. Die Angreifer "störte", dass der Schüler eine serbische Fahne auf seinem Rucksack trug.

eofaschistische Attacken und rassistische Graffiti sind nur ein Teil des Problems. Der andere Teil geht vom serbischen Staat aus. Roma werden vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wohnen sowie auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, beschrieb Marković im April die Situation der Minderheit gegenüber *junge Welt.* Viele Roma leben in Mahalas, wie die Viertel seit der Osmanischen Herrschaft auf

dem Balkan bezeichnet werden. In vielen Städten entstanden in den vergangenen Jahren zudem sogenannte informelle Siedlungen ohne feste Häuser sowie abgeschnitten von der Wasser- und Stromversorgung. Um diesem Elend etwas entgegenzusetzen, stärkt das RFS gemeinsam mit SODI die Minderheit. Anfang April wurde in Kragujevac, Pozarevac und Novi Sad direkt in den Mahalas jeweils ein soziales Zentrum eröff-

net. Die Idee sei, Roma dazu zu befähigen, für ihre eigenen Interessen einzustehen, erklärte Marković. Die Minderheit sollte vor allem in den lokalen Gemeinschaften gestärkt werden. Denn viele der offiziellen Roma-Vertreter*innen sind in die staatliche Politik eingebunden und sorgen eher dafür, dass die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind.

Im Mittelpunkt der Arbeit in den neuen Zentren stehen psychologische, soziale und rechtliche Hilfsangebote. Vor allem letztere sind wichtig, denn viele Roma haben keine persönlichen Dokumente, weswegen sie keine staatlichen Leistungen erhalten, so Marković.

Vor allem Kinder, die im Ausland geboren wurden, seien dadurch benachteiligt, weil sie nicht in den in Serbien obligatorischen Familienbüchern aufgeführt sind. Spätestens wenn sie zur Schule gehen wollen, wird dies zum Problem.

FOTO RECHTS» Drita Nikolić geht zu Fuß von der Siedlung Bangladeš zum Gemeindezentrum in Novi Sad. Sie erhält dort eine Rechtsberatung.

In jedem Zentrum engagieren sich jeweils fünf Menschen: professionelle Psycholog*innen und Anwälte sowie Sozialarbeiter*innen. Sie kommen aus der Roma-Community und sind deswegen mit den Verhältnissen vor Ort gut vertraut, betonte der RFS-Aktivist.

Dejan Marković

Man sollte mit den Roma reden und sie einbeziehen, anstatt immer nur über sie zu reden.

Sie unterstützen unter anderem dabei, Anträge bei Behörden zu stellen, denn viele Roma seien funktionale Analphabeten.

"Selbst für mich, ich habe ein Studium abgeschlossen, ist es schwierig, ein solches Dokument auszufüllen", beschreibt Marković die administrativen Hürden.

Die Idee für die sozialen Zentren sei auch eine Reaktion auf die weitgehend unwirksamen von der EU finanzierten Hilfsprojekte, die lediglich auf ein bisschen Wohltätigkeit setzen. Zwar sind im Rahmen der von Brüssel ausgerufenen "Dekade der Roma" Gelder zur Verfügung gestellt worden. Doch kämen diese bei den Menschen kaum an, denn nur wenige Roma könnten wegen des fehlenden Wissens darauf zugreifen.

Marković betonte, ihm gehe es darum, die Roma dazu befähigen, ihre Grundrechte wahrzunehmen – ob bei der Bildung ihrer Kinder, der Legalisierung ihrer Häuser oder um sich gegen Diskriminierung zu wehren.

Text von Roland Zschächner, veröffentlicht in jW, 11.07.2017



SODIs Partner vor Ort:

Roma Forum of Serbia

Das Roma Forum of Serbia (FRS) ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation in Belgrad/
Serbien. 2011 wurde sie von
Roma mit dem Ziel gegründet,
die gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation der Roma zu
verbessern und für ihre Rechte
einzutreten.

Mit erfahrenen Mitarbeiter*innen, die seit mehr als zehn Jahren in der Menschenrechtsarbeit aktiv sind und einem weiten Netzwerk mit anderen Roma-Organisationen, wie z.B. Romanipen, Roma Cultural Center oder Association of Roma Students, verfügt die Organisation über breites Wissen und Erfahrungen im Umgang mit der schwierigen Situation der Roma in Serbien und anderen Ländern des Balkans.

Mehr erfahren: www.teilhabe-staerken.sodi.de



TITELTHEMA



JMWELTBILDUNG

FÄNGT VON UNTEN AN

In Mosambik zeigt sich der Klimawandel schon heute durch Flutkatastrophen im Wechsel mit Dürren. Insbesondere die Folgen für die Ernäh-



rungssituation sind gravierend.
Gesundheitliche Risiken gehen
zusätzlich von den vielen herumliegenden Müllbergen aus. In
einem dreijährigen Projekt werden
ein Umweltzentrum aufgebaut und
gezielte Umweltmaßnahmen an
drei Schulen implementiert. Der
Erfolg des Projektes entsteht vor
allem durch den besonderen Elan
und die Kreativität der beteiligten
Schüler*innen.



chütze die Umwelt für die zukünftigen Generationen" – diese und andere Slogans schmücken die selbstgemalten Plakate der Schüler*innen der Sekundarschule Malhazine. Im Umweltbildungsclub ihrer Schule treffen sich die insgesamt 50 Schüler*innen unter Anleitung von sechs Lehrer*innen einmal die Woche, um über Umweltschutz zu sprechen und Aktionen zu planen. Mit den Plakaten, aber auch mit kleinen Theaterstücken, Gedichten und Liedern gehen die Schüler*innen dann in ihre Klasse und berichten ihren Mitschüler*innen über Umwelt- und Klimaschutz. Ein zentrales Thema für die Schüler*innen ist dabei die Vermeidung, Trennung und Aufarbeitung von Müll. Früher war der Schulhof verdreckt, der Müll wurde achtlos weggeschmissen und dann

von Reinigungskräften zusammengekehrt, vergraben oder verbrannt. Nun haben die Kinder und Jugendlichen Behälter für Plastik, Glas und Papier auf dem Schulgelände aufgestellt und sammeln auch den Schulweg sauber. Sie experimentieren zusammen mit den unterschiedlichen Materialien.

"Luxus aus Müll"

Beim ersten Projektbesuch aus Deutschland erfuhren die Schüler*innen, wie man aus Altpapier neues Papier schöpfen kann. Beate Kitzmann, Leiterin von Naturschutz-Berlin Malchow, hatte dazu eigens einige Schöpfrahmen aus ihrem Recyclingprogramm mitgebracht. Mit großem Interesse wurde diese Technik

aufgenommen und angewendet. Die Kinder verwenden heute selbstgeschöpftes Papier im Kunstunterricht, so dass ihre Eltern die Ausgaben für Papier sparen können. Aber mit dem recycelten Papier können auch alte Glas- und Plastikflaschen geschmückt und zu kleinen Kunstwerken verwandelt werden. Eine Hoffnung der Projektverantwortlichen ist es, diese eines Tages auch verkaufen zu können. "Luxo de Lixo" ("Luxus aus Müll", Anmerkung der Redaktion) nennt es der Projektleiter Sergio Cuacua. Aber nicht nur das, die Schüler*innen möchten künftig auch ihr Wissen als Multiplikator*innen in die Nachbarschaft und an andere Schulen tragen.

Partizipativ eigene Vorschläge entwickeln

Der Leitgedanke des Projekts ist die Mitwirkung aller Beteiligten. Dazu werden den drei beteiligten Schulen jeweils 7.000€ zur Verfügung gestellt. Wie diese verwendet werden, entscheiden die Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen gemeinsam. So entstand bereits ein Gewächshaus auf dem Schulgelände der Malhazine Schule, in welchem Baumsetzlinge gezogen werden. Die jungen Bäume werden später von den Schüler*innen im eigenen Hinterhof oder ihrer Straße großgezogen. So wird der Stadtbezirk KaMubukwana grün: die Bäume schützen vor Erosion, verbessern die Luft und bieten Schatten.



Um sich untereinander auszutauschen, wurden auch zwei WhatsApp-Gruppen angelegt - eine für Lehrer*innen und eine für Schüler*innen. Unzählige Fotos und Neuigkeiten, Erkenntnisse und Erfahrungen zirkulieren via Smartphone zwischen den drei beteiligten Schulen und geben Anregungen für die eigene Arbeit. Die Schüler*innen sind begeistert beim Thema. So wundert es nicht, dass sich im Jahr 2017 auch noch Jugendliche an den Aktivitäten des Umweltclubs beteiligen, die bereits ihren Abschluss haben. "Umweltbildung ist kein Thema für Mosambik" antwortete uns ein deutscher Experte in Mosambik Ende 2014, als wir ihm die Projektidee präsentierten – gut, dass die Kinder und Jugendlichen im Projekt es besser wissen. Aber auch die Erwachsenen sind nicht minder begeistert bei der Sache. Gerade erst wurden ein Gewächshaus, eine Kompostieranlage und ein Schaugarten im Umweltbildungszentrum fertiggestellt, so Sergio Cuacua, Leiter des Umweltbildungsprojekts. Weiterhin ist der Verkauf von Kompost an Kleinbauern und –bäuerinnen geplant. Auch wird das Umweltbildungszentrum Workshops zum Kompostieren mit den ansässigen Bäuerinnen und Bauern durchführen. Somit könne sich das Zentrum zukünftig auch selbst finanzieren, so die Hoffnung des Projektleiters.

Susanne Laudahn Programm-Managerin Kommunale Entwicklungszusammenarbeit



Zu Besuch in Berlin

Drei Vertreter des mosambikanischen Umweltbildungsprojektes waren im Mai 2017 in Berlin zu Gast. Im Stadtbezirk KaMubukwana in der Hauptstadt Maputo wollen sie gemeinsam mit SODI und dem Bezirk Lichtenberg das Umweltbewusstsein steigern und dadurch die Lebenssituation der Menschen verbessern.

Sergio Cuacua, Leiter des Umweltbildungsprojekts, Herculano Matimbe, Lehrer an der Malhazine-Oberschule und Leiter der schulischen Umweltclubs sowie Chadreque Massingue vom Amt für Internationales der Stadt Maputo verbrachten eine produktive und spannende Woche in Berlin.

Der Höhepunkt ihres Besuchs war der Arbeitskreis Maputo, welcher auf Einladung des Bürgermeisters von Lichtenberg stattfand. An ihm nahm auch der mosambikanische Botschafter Amadeu Paulo Samuel Da Conceicao teil.

Ein weiterer Höhepunkt des Treffens war für alle Beteiligten die Übergabe einer Spende von 500 Euro durch den Kleingartenverband Hohenschönhausen.

Mehr erfahren: www.teilhabe-staerken.sodi.de



FOTO OBEN» Schüler*innen des Umweltclub der Malhazine Schule und Projektleiter Sergio Cuacua

FOTO LINKS » Plakate der Schüler*innen, mit denen sie als Multiplikatoren Umweltbildung betreiben.

FOTO UNTEN » Ein Schüler aus dem Umweltclub der Malhazine Schule stellt aus alten Glas- und Plastikflaschen eine Blumendekoration her.

03-2017 TITELTHEM



err Tranh aus dem Dorf Lao Dong ist einer der insgesamt 40 Dorfbewohner*innen aus vier Dörfern, die nach intensiver Schulung in Projektplanung, Finanzmanagement und Moderationstechniken die Selbsthilfegruppen anleiten. "Die Regierung übergibt immer alles den Bauunternehmen" erklärt er den Unterschied zu Regierungsprojekten,"aber wir entscheiden alles selbst, von der Planung bis zur Finanzierung." Endlich herrscht während der Planung eines neuen Vorhabens Transparenz, nicht nur über die nächsten Schritte, sondern auch über die notwendigen Gelder. Die Dorfbevölkerung ist begeistert: "In jedem Planungsschritt veröffentlichen wir die Finanzen. Wie-

viel Geld bekommen wir von SODI, wieviel haben wir selbst schon gesammelt und was fehlt noch? Die Straßen, die von der Regierung gebaut werden, sind doppelt so teuer". Acht Dorfstraßen und vier Bewässerungskanäle wurden bis jetzt von der Bevölkerung in vier Dörfern gebaut. Bis zu 40 Prozent der Kosten wurden von der Zielgruppe erbracht - in Form von Arbeitsleistung, Material und Geld. Durch die verbesserte Bewässerung stieg die Reisernte von 100 auf 150 Kilo.

Solidarität ist Ergebnis und Motor

Doch nicht nur die Ernte steigt. Für Herrn Tranhs Nachbarn Herr Minh ist eine weitere Wirkung ebenso wichtig: "Das Projekt hat die Dorfgemeinschaft zusammengeschweißt. Wir erleben jetzt echte Solidarität". Die Gemeindehäuser, die die Dorfbewohner im vergangenen Jahr in Eigenregie und mit finanzieller Unterstützung von SODI gebaut haben, sind dabei die Herzstücke der Dorfgemeinschaften. Denn wo sich vorher nur unregelmäßig ein paar Männer im Haus des Dorfvorstehers trafen, um über die Belange des Dorfes zu diskutieren, finden jetzt Versammlungen

FOTO OBEN» Herr Tranh, Leiter der Selbsthilfegruppe im Dorf Lao Dong, präsentiert stolz die Ergebnisse des gemeinsamen Workshops.

FOTO LINKS » Die Gründung der Selbsthilfegruppen in den Dörfern hat dazu geführt, dass die Frauen eine führende Rolle in der Planung und Entwicklung der Projekte übernommen haben. Auch dies ist ein wesentlicher Bestandteil für den Erfolg. viel häufiger statt. Und vor allem beteiligen sich Frauen, die die Hälfte der keymembers (Schlüsselmitglieder), sprich der führenden Personen in den Selbsthilfegruppen, ausmachen. Die Frauen treffen sich dort außerdem nach der Feldarbeit auf einen Plausch, ähnlich wie die Jugendlichen, die auf dem Platz davor zum Badmintonspiel zusammenkommen.

Dialog zwischen Dorfbevölkerung und lokaler Regierung

Community Management stärkt nicht nur die Dorfbevölkerung. Bei der Planung von Projekten mangelt es der lokalen Regierung und staatlichen Massenorganisatio-

> nen gar nicht unbedingt am guten Willen. Oft wissen sie schlichtweg nicht,

> wie sie die Dorfbevölkerung berücksichtigen können. Die
> Frauen-Union in
> Yen Bai hat am
> Training teilgenommen, besucht
> das Projekt regelmäßig und unterstützt die Zielgruppe
> bei administrativen Prozessen. "Community Management ist das effektivste

Projekt in Yen Bai", davon ist Frau Nguyen Thi Thanh Binh von der Frauen-Union überzeugt. "Früher haben wir geglaubt, genau zu wissen, was die Probleme in den Dörfern sind und haben Lösungen angeboten. Dementsprechend niedrig war die Partizipation der Menschen. Zum Beispiel wollten wir einmal Kurse für Kleingewerbe anbieten, aber eigentlich wollten die Menschen etwas über Tierzucht lernen. Community Management rückt dagegen die Zielgruppe in den Mittelpunkt". Die Vorstellung von Entwicklung habe sich verändert, erklärt sie weiter. Früher haben die Menschen nur auf Hilfe gewartet, aber jetzt werden sie selbst aktiv.

Mit Dialogveranstaltungen wurde eine weitere Methode geschaffen, um die Zusammenarbeit zwischen Dorfbevölkerung und lokalen Regierungsvertretern*innen zu verbessern. Endlich lernen die Menschen, was das Gesetz zur Basisdemokratie, das sie bislang nur dem Namen nach kannten, wirklich beinhaltet. Künftig wird es die lokale Regierung in den vier Dörfern nicht mehr wagen, Infrastrukturprojekte ohne die Information und den Dialog mit der Dorfbevölkerung durchzuführen.

Susanne Wienke, Programm-Managerin Asien

Veränderung muss von unten kommen

Das Gesetz zur Basisdemokratie (Grassroot Democracy Act) ermöglicht in begrenztem Maße die Mitsprache der Bevölkerung in der Planung von Entwicklungsprojekten. Doch trotz dieser gesetzlichen Grundlage bestehen nach wie vor Defizite bei der praktischen Umsetzung.

Die arme Dorfbevölkerung wird von Regierungsseite eher als passiv Begünstigte behandelt. Das vorherrschende von oben (top-down) greifende Prinzip in Regierungsbehörden ist geprägt von einer gönnerhaften Haltung gegenüber Dorfbewohner*innen, bei der die tatsächlichen Bedürfnisse und Prioritäten in den Dörfern und Gemeinden nicht oder nur unzureichend berücksichtigt

Für eine Umsetzung von Entwicklungsprojekten, welche die tatsächlichen Bedarfe aller Dorfbewohner*innen berücksichtigt, braucht es Strukturen und Mechanismen, bei der die Zielgruppe selbst zum Partner, Planer und Manager ihres eigenen Projektes wird.

Mehr erfahren: www.teilhabe-staerken.sodi.de



BLEIBE (R)ECHT STATT BLUTRECHT

Im Bezug auf Roma und Sinti herrscht bis heute der Diskurs der Migration, des Nicht-Dazugehörens vor: Selbst die jahrhundertelange Geschichte der Roma und Sinti in Europa hindert die Gesellschaft nicht daran, uns weiterhin als "die Fremden" wahrzunehmen, als ein fahren-

FÜNF JAHRE

DENKMAL FÜR DIE IM NATIONALSOZIALISMUS ERMORDETEN SINTI UND ROMA EUROPAS

Vogelfrei im Vaterland

ie Geschichte der Roma und Sinti in Europa ist eine Geschichte der Fremdbestimmung und Verfolgung: Im Heiligen Römischen Reich wurden bei sogenannten "Heidenjagden" Männer, Frauen und Kinder erschossen, erschlagen und beraubt. In den Fürstentümern Walachei und Moldawien waren Roma bis Mitte des 19. Jahrhunderts versklavt, durften geschlagen, vergewaltigt oder verkauft werden. Den mittlerweile etwas bekannteren tragischen Höhepunkt der Verfolgungsgeschichte bildete der NS-Genozid: Bis zu 500.000 Angehörige der Minderheit fielen ihm in ganz Europa zu Opfer. Doch die Geschichte der Roma und Sinti in Europa ist auch eine Geschichte der Selbstbehauptung und des Widerstands.

Von der heutigen Emanzipationsbewegung wird regelmäßig der 16. Mai gefeiert, an dem 1944 Sinti und Roma im sogenannten "Zigeunerlager" in Auschwitz-Birkenau bewaffneten Widerstand gegen den sicheren Tod im Zuge der geplanten Lagerauflösung leisteten. In Osteuropa schlossen sich viele

des Volk ohne ein Zuhause darzustellen. Wie schon Helmut Kohl sagte: "Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten." Doch bei allem Respekt zu Grabmalpflege und deren Symbolpolitik: Wie unsere Zukunft gestalten, wenn sie abermals in der Gegenwart abgeschoben wird?

Roma wiederum der Partisanenbewegung an. Der Kampf ging nach dem Zweiten Weltkrieg weiter: Die Anerkennung des Völkermords, das Einstellen der polizeilichen Sondererfassung in den sog. "Landfahrerzentralen" und der Weiterverwendung der nazistischen rassebiologischen Gutachten für die Nachkriegs-"Zigeunerforschung" – dies alles mussten Sinti und Roma selbst erkämpfen. Für die Errichtung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas benötigte die Bundesrepublik Deutschland ganze zwanzig Jahre!

Gestern ist heute und morgen

Immer mehr Roma und Sinti sind sich der eigenen Geschichte bewusst. In den letzten Jahren sind Anzeichen davon sichtbar, dass sich der Kampf manchmal auszahlt. 2012, im Jahr der Einweihung des Sintiund Roma-Denkmals in Berlin, entstand die erste Stiftung, die von Sinti und Roma gegründet wurde - die Hildegard Lagrenne Stiftung. Noch 2009 mussten wir für die Einbeziehung von Roma-Selbstorganisationen bei der Errichtung

von Anlaufstellen für migrantische Roma in Berlin hart kämpfen. Als Mitgründer und Namensgeber der Vereine Amaro Drom und Amaro Foro stieß ich bei der Verwaltung öfters auf Unwissenheit, Überforderung und teilweise Ignoranz. Heutzutage sind wir in Berlin etwas weiter: In der Koalitionsvereinbarung verpflichtete sich die neue Landesregierung, einen Rahmenvertrag mit der Minderheit abzuschließen. Darin soll es vor allem darum gehen, die Möglichkeiten einer direkten politischen Einflussnahme von Sinti und Roma und deren Partizipation zu institutionalisieren. Natürlich sehe ich es als Mitglied des Berliner Landesvorstandes der LINKEN als meine primäre Aufgabe, dieses Thema ganz oben auf die Agenda der Regierungsarbeit zu setzen.

Dank des aktiven Engagements vieler Roma und Sinti verlagert sich langsam der Schwerpunkt der Politik von der "Integration" zu "Gleichberechtigung" und "Bekämpfung des Antiziganismus". Dennoch muss man kritisch bleiben, auch der eigenen Partei gegenüber. Beim Thema Bleiberecht gibt es keine positiven Entwicklungen, im Gegenteil. Kinder, die hier geboren und aufgewachsen sind, werden seit Jahren systematisch abgeschoben. Und durch die Regelung der sicheren Herkunftsländer wurde ihnen auch die letzte Chance genommen, in ihre Heimat – Deutschland – zurückzukehren.

Das Glas ist halbvoll. Wir treten dem Antiziganismus (selbst-)bewusster entgegen. Aber ist es wirklich nur die Aufgabe der Minderheit, sich mit diesem Orchideenfach auseinanderzusetzen?

Hamze Bytyci Künstler, Bürgerrechtler und Mitinitiator des Bündnisses für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas





n Deutschland beweisen Studien wie "Die enthemmte Mitte"*, dass Diskriminierung und Ausgrenzung allgegenwärtig sind. 58 Prozent der Befragten hätten ein Problem damit, wenn Sinti und Roma in ihrer Nähe wohnen würden. 50 Prozent fänden es sogar richtig, Sinti und Roma aus den Innenstädten zu verbannen. Auch im Konzept der sogenannten "sicheren Herkunftsstaaten" wird die kumulative Diskriminierung der Roma in Staaten wie Serbien völlig ignoriert. Zudem werden Roma in Deutschland oft als Asylantragsteller*innen zweiter Klasse behandelt. Das wollen wir nicht hinnehmen! Kulturelles und politisches Engagement, das die Solidarität mit und unter den Roma stärkt, trägt zu mehr Toleranz bei. Dafür setzt sich SODI gemeinsam im Netzwerk mit anderen Organisationen und durch eigene Veranstaltungen ein.

"Roma zurück auf den Balkan – wie sicher ist sicher?"

Auf unserer Podiumsdiskussion im April diskutierten Wenke Christoph (Europareferat der Rosa-Luxemburg-Stiftung) und Dejan Marković (Roma Forum Serbien) mit Interessierten das Thema "Roma zurück auf den Balkan - wie sicher ist sicher?" Die Einstufung mehrerer Länder als "Sichere Herkunftsländer" und die Rückführungsabkommen, die Deutschland inzwischen mit allen Ländern des westlichen Balkans vereinbart hat, verstärkt das Problem. Durch die Verschärfung des Asylrechts ist ein erfolgreicher Asylantrag für Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten kaum noch möglich. Faktisch werde damit das Grundrecht auf Asyl ausgehöhlt, so Christoph. Es bedeute die Abkehr von

SOLIDARITÄT MIT ROMA IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Sinti und Roma sind die größte Minderheit Europas. Dennoch lebt die Mehrzahl von ihnen unter erheblich schlechteren Bedingungen als ihre Mitbürger*innen und ist täglichen Diskriminierungen ausgesetzt. Darum solidarisiert sich SODI nicht nur mit den Roma auf dem Balkan, sondern macht sich in Deutschland gegen Antiziganismus stark und fordert eine faire Asylpolitik.

der Einzelfallprüfung und Umkehrung der Beweislast hin zu verkürzten Verfahren, so das Podium.

Ist die Asylpolitik mit den Menschenrechten vereinbar?

Genau zwei Monate später protestierten wir gemeinsam mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und dem Dokumentationsund Kulturzentrum Deutscher Sinti durch einen Film- und Diskussionsabend gegen die aktuelle Verschärfung deutscher Asylpolitik und die erneute Abschiebung des Essener Roma-Rapper Selami Prizreni in den Kosovo. Der biografische Film "Trapped by Law" zeigte die tatsächliche Situation, vor der sich Selami und sein Bruder Kefaet 2010 bei ihrer ersten Abschiebung in den Kosovo sahen. Eine besondere Überraschung war die musikalische Einlage vom anwesenden Rapper Kefaet Prizreni. Der Bruder Selamis musste jedoch ohne seine Geschwister auftreten, da sich auch Hikmet derzeit in Abschiebehaft befindet. Ist die aktuelle Asylpolitik noch mit den Menschenrechten vereinbar? Volker Beck

(Bündnis90/Die Grünen), Mara Puškarević (Kampagne SolidarnOST) und Kefaet Prizreni (Bruder von Selami und Protagonist in der Dokumentation) und die rund 50 Gäste sprachen über politische Zustände und mögliche Maßnahmen. Insbesondere Mara Puškarević bewertete die verabschiedeten Asylrechtspakete Deutschlands als Fehler und verwies auf Asylrechte anderer westeuropäischer Staaten, in denen keine politisch gewollte Ablehnung der Roma zu spüren sei. Auch Volker Beck lehnte das Konzept ab, welches die kumulative Diskriminierung einer Menschengruppe ignoriere. Weiterhin diskutierte man über kaum vorhandene Sanktionsmöglichkeiten, um Staaten, in denen eine kumulative Diskriminierung der Roma nicht von der Hand zu weisen ist, zur Einhaltung der Menschenrechtskonventionen zu bewegen. "Es muss doch Möglichkeiten geben, Staaten zu zwingen, bestimmte Dinge, wie eine simple Registrierung der Roma für Personaldokumente in diesen Ländern durchzusetzen", meldet sich Sarah Ninette Kaliga, Geschäftsführerin von SODI, zu Wort. EU-Verträge wiesen hier leider ein Defizit auf, antwortet Beck. Einig war sich auch die Mehrheit der Anwesenden über den unerträglichen Zustand von jahrelanger Duldung und dem negativen Kreislauf, der durch Antiziganismus in der Gesellschaft stattfindet.

SODI fordert faire und individuelle Asylverfahren in Deutschland, denn das Konzept der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten setzt faktisch das Recht der Schutzsuchenden außer Kraft. Zugleich solidarisieren wir uns gemeinsam mit dem Roma Forum of Serbia für die Verbesserung der Lebenssituation der Roma und gegen Antiziganismus in Serbien.



^{*,}Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland" entstand 2016 in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

-11



03-2017 SODI-REPORT

"WEM GEHÖRT DIE STADT? – UNS!"

Von ausländischen Investoren finanzierte Bauprojekte und Privatisierungen tragen in den postsozialistischen Ländern ExJugoslawiens dazu bei,

die Prekarisierung und Vertreibung marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu beschleunigen. Doch die Menschen wollen sich das nicht länger gefallen lassen und es formiert sich zunehmend Widerstand.

E nde April 2016 kam es im zentralen Sze-neviertel "Sava mala" in Belgrad zu einer brutalen Räumungs- und Abrissaktion, die offenbar mit der lokalen Polizei abgesprochen war. Die in der Wahlnacht von maskierten Männern durchgeführte Aktion bildete den Auftakt für die Umsetzung eines großen Infrastrukturprojekts im Herzen der Hauptstadt, welches durch einen geheim gehaltenen Vertrag zustande gekommen war. Die serbische Regierung hatte zu diesem Zweck eine Unternehmung gegründet, "Belgrade Waterfront" ("Belgrad am Wasser", Anmerkung der Redaktion) und mit der Finanzierung der geplanten Luxuswohnungen, Büros und Shopping-Malls auf einer Million Quadratmeter einen Investor aus Saudi-Arabien betraut. Projekte wie diese zeigen, dass der "Turbokapitalismus" ungehindert Einzug halten soll. Kritiker sagen: "Am Ende steht nur noch Belgrad am Wasser, alles andere wird zerstört oder umgesiedelt". Für die Mehrheit der Belgrader*innen sind Luxuswohnungen unbezahlbar, die Gentrifizierung ist vorprogrammiert. Hinzu kommt,

Auch die kleinsten Bewohner*innen Belgrads nehmen am Protest teil und fragen: "Wem gehört die Stadt?" – Die Antwort lautet klar und deutlich: "Uns"





"Öffentlicher Raum ist unser Raum" wird auch am 13. Juli 2016 von mehr als 10.000 Bürgern*innen gefordert.

dass Projekte wie dieses das Stadtbild komplett verändern – und das nicht zum Positiven.

Initiativen und Organisationen kämpfen für ihr Recht auf Teilhabe

Das Bauprojekt ist stellvertretend für viele ähnlich verlaufende Privatisierungen in den postsozialistischen Ländern Ex-Jugoslawiens, die oftmals auch auf Drängen der EU passieren, und mit semi-legalen Mitteln oder gar offensichtlicher Korruption einhergehen. Daraus erwachsende Folgen sind die Prekarisierung oder Vertreibung von marginalisierten Bevölkerungsgruppen wie auch die dauerhafte Aushebelung von Stadt-, Bau-, und Verfassungsrecht.

Roma leiden in Serbien schon lange unter Zwangsumsiedlungen, jetzt lernen auch Teile der Mehrheitsgesellschaft kennen, was diese für das alltägliche Leben bedeuten. Doch mehr und mehr Initiativen, wie zum Beispiel "Ne da(vi)mo Beograd" ("Wir geben Belgrad nicht her", Anmerkung der Redaktion) werfen den politischen Akteuren fehlende Transparenz und fehlende Teilhabe der Zivilgesellschaft vor. Vor drei Jahren wies das "Raumministerium", eine serbische NGO, auf die Intransparenz und den entstehenden, geheimen Vertrag für das Projekt "Belgrade Waterfront" hin, sie brachte die Initiative, die sich als "Recht-auf-Stadt-Initiative" verstand, hervor.

Die gelbe Bade-Ente ist bei jedem Protest dabei

"Ne da(vi)mo Beograd" arbeitet mit verschiedensten Protestformen, um das Recht auf Allmende bzw. Gemeingut zu vertreten. Den Wiedererkennungswert der Initiative sichert die gelbe Bade-Ente, die bei jedem Protest dabei ist. Ob als Ohrring, als Wappen auf den Fahnen der Stadt Belgrad, als T-Shirt-Aufdruck oder in überdimensionierter Modellvariante auf der Wiese vor dem serbischen Parlament – die Ente taucht in allen möglichen Formen auf.

Mit ihr protestiert die Initiative gegen Korruption und Intransparenz. Radomir Lazović als einer der Mitbegründer betont, dass "Ne da(vi)mo Beograd" vom Protest nicht ablässt, aber er wünscht sich, dass der Wirkungskreis der Initiative größer wird. Je mehr Menschen sich anschließen, desto erfolgreicher wird der Protest. Daher hat die Initiative nun bekannt gegeben, dass sie Anfang nächsten Jahres an den Kommunalwahlen in Belgrad teilnimmt. Die Schlüsselfrage ist es, ob die Bürger*innen erkennen, wer sich wirklich ernsthaft mit den Problemen der Stadt beschäftigen wird.

Elena Messner, österreichische Autorin, Herausgeberin und Literaturwissenschaftlerin

KOMMUNALE PARTNERSCHAFT LEBT VON BÜRGERSCHAFTLICHEM ENGAGEMENT

Sinn und Zweck von Städtepartnerschaften ist das freiwillige Zusammenfinden von Menschen über Grenzen hinweg. Sie tragen auf spezifische Weise zum Demokratisierungsprozess bei und bringen auf lokaler Ebene beispielsweise den Wissenstransfer in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz und der Daseinsvorsorge voran.

Karin Strumpf, Beauftragte für Städtepartnerschaften des Bezirks Berlin-Lichtenberg im Interview.

Was möchte der Bezirk mit den Städtepartnerschaften bewirken?

Es geht um den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern. Wir wollen ein starkes Miteinander entwickeln. Dazu gehört zum Beispiel, dass wir gemeinsam mit unseren Partnerstädten im Kampf gegen die Atomkraft, für die Abschaffung von Atomwaffen aktiv sind. Wichtig ist allerdings, sich als deutscher Partner nicht in den Mittelpunkt zu stellen, sondern gemeinsam auf Augenhöhe zu agieren und voneinander zu lernen.

Als Bezirk möchten wir weltoffen und international sein, wir wollen Freundschaften aufbauen und pflegen und das nicht nur im europäischen Kontext, sondern auch mit Asien, wie z.B. mit Hanoi oder mit Afrika, wie mit Maputo. Insgesamt hat Lichtenberg heute sieben Städtepartnerschaften. Angefangen hat alles 1995 mit KaMubukwana in Maputo.

Wie wirkt sich konkret eine Städtepartnerschaft auf den Bezirk aus?

Der Bürger draußen bekommt einen Einblick in die Tätigkeit einer Verwaltung insgesamt – als Institution. Aber nicht nur in die Bereiche der wirtschaftlichen Hilfen in der Jugendhilfe oder in die Arbeit mit Kultureinrichtungen, sondern eben in die Pflege der Partnerschaft mit internationalen Kommunen. Zum Beispiel haben Bürger und Unternehmen des Bürgervereins Fennpfuhl

Mit den Städtepartnerschaften zeigen wir, dass es die klassische Völkerfreundschaft immer noch gibt. Wir wollen Solidarität miteinander, um gemeinsam etwas zu bewerkstelligen und Verständnis für den anderen zu haben.

e. V. eine Einladung einer Jugendgruppe des Jugendheimes aus Jurbakas unterstützt: Die Bürger haben sich zusammen getan, Gelder gespendet und die Jugendlichen hier auch betreut. Das sind richtig echte Auswirkungen in den Bezirk hinein.

Natürlich haben wir auch andere tolle Projekte. Ein besonders spannendes Projekt ist das Umweltbildungsprojekt, bei dem wir gemeinsam mit SODI an einer Sache arbeiten, die ich mir vorher gar nicht hätte vorstellen können, weil uns einfach das Knowhow als Bezirk fehlt. Man braucht eben Fachleute, die mit ihrer praktischen Erfahrung dem Bezirk unter die Arme greifen. Und das ist eben u.a. SODI – nicht nur beim Umweltbildungsprojekt, sondern auch bei der Klimapartnerschaft mit Hoan Kiem.

Was haben Städtepartnerschaften mit Bürgerbeteiligung zu tun?

Man versucht den Bürger anzusprechen, indem man Arbeitskreise bildet oder an Veranstaltungen teilnimmt oder Beratung anbietet, wie beispielsweise auf dem jährlich stattfindenden Lichtermarkt am 1. Advent. Da trifft man dann möglicherweise auf Senioren, die ein letztes Mal nach Kaliningrad reisen wollen, um ihre familiären Wurzeln zu erforschen. Diesen Menschen können wir im Rahmen unserer Städtepartnerschaft begleiten.

In diesem Jahr haben wir – nach zweijähriger Pause – wieder den klassischen Jugendaustausch mit Bialoleka -Warschau und ihrem Partner aus Ungarn. Die Jugendlichen treffen sich Mitte August an der polnischen Ostseeküste in einem Jugendcamp. Sie merken, dass sie alle die gleichen Probleme haben, alle über Ähnliches lachen, aber auch ähnliche Sorgen teilen. Sie machen sich ernsthafte Gedanken über zwischenstaatliche Interessenkonflikte, über ein friedliches Europa, über Ausbildungs-und Studienmöglichkeiten, über Mitspracherechte, aber auch über gesunde Lebensweise, Liebe und Freundschaft

Jede*r Interessierte, ob jung oder älter, mit und ohne Beeinträchtigungen, kann sich aktiv im Partnerschaftsverein Lichtenberg, der sich in Gründung befindet, betätigen.

> Das Interview führte Patricia Schulte



03-2017 SODI-REPORT

GEMEINSAM EINE DOKU DREHEN – DRAUFSICHT IN BAMENDA



Daniel Weyand, SODI-Programm-Manager für Bildung und Globales Lernen, ist im Frühjahr 2017 mit sieben Redaktionsmitgliedern des kritisch globalen Fernsehens "Draufsicht" nach Kamerun gereist, um dort gemeinsam mit dem ehemaligen SODI-Freiwilligen Dzebam Godlove ein Partnerschaftsprojekt mit einem jungen Filmteam aufzubauen.



Die beiden Draufsicht-Teams vor und hinter der Kamera

ch habe noch nie ein so vollgepacktes Auto gesehen!", ruft Annalena vom Draufsicht-Team nach mehr als 24 Stunden Reise in Flugzeug, Bus und Auto. Das Dach des Taxis, das uns bis vor unser Gästehaus in Bamenda, im Nordwesten Kameruns bringt, ist bis obenhin mit Reiserucksäcken und technischem Equipment für die nächsten drei Wochen bepackt. Zusätzlich ächzt es unter der Last mehrerer, zusätzlicher Koffer unseres Teamkollegen Valérie.

Der gebürtige Kameruner arbeitet als weltwärts-Freiwilliger in einer Stiftung in Potsdam und nutzt den kurzen Heimatbesuch, um Geschenke für seine Familie abzuliefern. Mit großer Freude begrüßt uns Dzebam Godlove, der wie sein Jugendfreund Valérie als weltwärts-Freiwilliger nach Deutschland gereist ist, um das Bildungsprogramm von SODI und damit auch das Draufsicht-Team zu unterstützen. Nach seiner Rückkehr nach Kamerun vor einem Jahr hat er eine eigene Gruppe gegründet, die wie wir – ausgestattet mit Kamera und Mikrofon – nach lokalen Antworten auf globale Fragen sucht.

"Wir lernen, einen kritischen Blick auch auf uns selbst zu werfen"

"Wenn wir über kulturelles Lernen sprechen, ist es zwar auch großartig, wenn ich hier in Kamerun sitze und mich über Deutschland informiere", sagt der 24-Jährige, der in Bamenda als Lehrer arbeitet. "Wenn du aber losgehst und vor Ort eine neue Realität erlebst, ist das etwas ganz Anderes. Ich weiß, dass die Teammitglieder aus Berlin am Ende ihrer Reise ganz eigene Geschichten über Kamerun erzählen werden." Und tatsächlich erleben wir sehr viel Neues während der nächsten Wochen, in denen wir uns gemeinsam mit dem Team von Draufsicht Bamenda auf die Suche nach spannenden Themen für unsere Filme machen. Wir lernen lokale Ansätze des Abfallmanagements kennen, unterhalten uns mit Königen, Diplomatinnen und Priestern. Wir begleiten einen Heiler, beschwören Schlangen und plaudern mit Künstlern und Straßenverkäuferinnen über ihre Talente und Visionen für ihr Land. Obwohl wir nur für kurze Zeit als Gruppe zusammenfinden, schließen wir Freundschaften und bringen uns gegenseitig bei, wie man Filme macht. Und wir lernen, auch einen kritischen Blick auf uns selbst zu werfen und so manche Bilder in unseren Köpfen infrage zu stellen. "Deutschland gilt auf der ganzen Welt als besonders effizient", bemerkt Tilman aus dem Berliner Team. "Dabei verbrauchen wir täglich so unglaublich viel Wasser und merken es nicht einmal. Die Menschen, denen wir hier in der Region begegnet sind, haben da einen viel effizienteren Umgang mit dieser knappen und lebenswichtigen Ressource entwickelt."

"Im Austausch mit vermeintlich Fremden können wir unseren Horizont erweitern"

Obwohl es auch zu Missverständnissen und Schwierigkeiten zwischen den Teammitgliedern aus Berlin und Bamenda kommt, behalten wir immer das Ziel im Auge, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen und auch über diese Begegnungsreise hinaus in unseren Filmen lokale Lösungsansätze für globale Probleme vorzustellen. Wir werden dabei auch getrennte Wege gehen und beispielsweise andere Zielgruppen in Berlin ansprechen als in Bamenda, aber wir verstehen uns als Teilhabende eines gemeinsamen Projekts und arbeiten deshalb auch zukünftig eng zusammen, um so viele Menschen wie möglich mit unseren Filmen und Ideen zu erreichen. Denn nur im Austausch mit dem vermeintlich Fremden können wir unseren Horizont erweitern. Nach unserer Reise nach Bamenda sind uns die vielen Menschen, die wir in Kamerun kennenlernen durften, nicht mehr fremd. Und wir freuen uns, im nächsten Jahr das Team von Draufsicht Bamenda in Berlin begrüßen zu dürfen - mit derselben Gastfreundschaft und Offenheit, die wir selbst erfahren haben.

Die Hintergründe und Erlebnisse während der Begegnung der beiden Draufsicht-Teams in Bamenda wurden selbstverständlich auch filmisch festgehalten. Das Video "Making a Documentary – Draufsicht goes Bamenda" kann unter www.draufsicht.sodi.de abgerufen werden.

Daniel Weyand Programm-Manager Bildung

Direkt zum Video über die Reise: www.draufsicht.sodi.de



14 | SODI-Draufsicht 03-2017



TERMINE + AKTIONEN

Anmeldung bitte bei: Patricia Schulte patricia.schulte@sodi.de oder (030) 920 90 93 15

WIR ÜBERGEBEN DIE ERDE AN UNSERE KINDER

WANN & WO: 16.11.2017

14 bis 16 Uhr | Café Sibylle Karl-Marx-Allee 72 10243 Berlin

Infoveranstaltung zum Thema Erbrecht

Viele Menschen wünschen sich, auch nach ihrem Ableben den Gedanken der Solidarität in die nächste Generation zu tragen. Doch wie kann ich mit meinen Ersparnissen bleibende Werte schaffen? Was muss ich beachten, damit ich nachhaltig etwas Gutes in der Welt hinterlasse? Rechtsanwältin Tina von Kiedrowski, Expertin für Erbrecht, führt Sie in die wichtigsten Grundzüge des Erbrechts ein.

PODIUMSDISKUSSION: ROMA VERSUS MENSCHENRECHTE?

"Wie kann die Menschenrechtssituation der Roma in Deutschland/Europa verbessert werden?"

Wie sehen die Lebensrealität und die rechtliche Situation der Roma in Deutschland und in den Ländern des Westlichen Balkans aus? Dem Thema widmen sich zwei Filme: "The Awakening" von Kenan Emini und "Trapped by law" von Sami Mustafa. Wir möchten mit Ihnen über Ausschnitte aus den Filmen diskutieren und darüber sprechen, wie man Antiziganismus aktiv entgegentreten kann. Die Rap-Combo Inclusion4real gibt uns



WANN & WO: 30.11.2017

18 bis 20 Uhr | tazcafé Berlin | Rudi-Dutschke-Straße 23 10969 Berlin

schließlich einen Einblick, was "Solidarität mit Roma" für sie bedeutet.

WEBINAR: ANBAU UND VERWENDUNG VON SOJA AUS GLOBALHISTORISCHER SICHT

Am 19. September findet ein weiteres Webinar im Rahmen des multimedialen Bildungsprojektes "Was der Bauer nicht kennt..." in Kooperation mit der Agentur für Bildung e.V. statt. Die Geschichte von Soja liest sich wie ein spannender Krimi. Wer sich mit der Wunderbohne beschäftigt, taucht tief in die internationalen Agrarverflechtungen ein, die man auch als Konsument*in reflektieren sollte.

WANN&WO:

19. 9. 2017 16:30 bis 17:30 Uhr

Anmeldung bitte per E-Mail bis 18. September bei:

Birgit Marzinka | marzinka@agentur-bildung.de | Die Teilnahme ist kostenlos. Mehr dazu siehe www.sodi.de/aktuell/terminekalender/

16.9. Aktionstag für sexuelle Selbstbestimmung 2017 | Im Zentrum
Berlins | 12.00 bis 16.30 Uhr | siehe sodi.de

19. 9. Webinar Anbau und Verwendung von Soja aus globalhistorischer Sicht | Online von 16.30 bis 17.30 Uhr | siehe sodi.de

6.10. Vortrag zur Klimapartnerschaft auf der IGA | 11.30 bis 13.00 Uhr | IGA-Campus | 12619 Berlin | Treffpunkt: Seeterrasse am Umweltbildungszentrum

16.11. Infoveranstaltung zum Thema Erbrecht | 14 bis 16 Uhr | Café Sibylle | Karl-Marx-Allee 72 | 10243 Berlin

30.11. Podiumsdiskussion: "Roma versus Menschenrechte?" | 18 bis 20 Uhr | tazcafé Berlin | Rudi-Dutschke-Straße 23 | 10969 Berlin

1.12. SODI-Weihnachtsfeier für Förder*innen, Mitglieder und Ehrenamtliche | 14 bis 18 Uhr | Kiezspinne FAS e.V. |
Schulze-Boysen-Straße 38 | 10365 Berlin

03-2017 AKTUELL | 15

ZUKUNFT VERERBEN

Viele Menschen wünschen sich, auch nach ihrem Ableben den Gedanken der Solidarität in die nächste Generation zu tragen.

Doch wie kann ich mit meinen Ersparnissen bleibende Werte schaffen? Was muss ich beachten, damit ich nachhaltig etwas Gutes in der Welt hinterlasse?

INFOVERANSTALTUNG ZUM THEMA ERBRECHT



Rechtsanwältin Tina von Kiedrowski, Expertin für Erbrecht, führt Sie in die wichtigsten Grundzüge des Erbrechts ein.

Im Anschluss haben Sie die Möglichkeit, ihre individuellen Fragen zu stellen.

Um Anmeldung wird gebeten bei Patricia Schulte: Telefon 920 90 93-15 oder E-Mail info@sodi.de

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Sie möchten lieber persönlich über Ihren Nachlass sprechen? Melden Sie sich bei uns zur Vereinbarung eines Beratungstermins bzw. wir senden Ihnen gern Informationsmaterialien zu.

Unterstützen Sie die Arbeit von SODI!

Spendenkonto:

IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00 BIC: BFSWDE33BER



Das DZI-Spendensiegel garantiert Ihnen den vertrauensvollen Umgang mit Ihren Spenden.



IMPRESSUM | Herausgeber: Solidaritätsdienst International e. V. (SODI)

Türrschmidtstraße 7-8 · 10317 Berlin | Tel.: (030) 920 90 93-0 | Fax: (030) 920 9093-29 E-Mail: info@sodi.de | www.sodi.de | www.facebook.com/sodi.de

V.i.s.d.P.: Sarah Ninette Kaliga Redaktion: Patricia Schulte

Gestaltung: Satz + Gestaltung, Karin Suhrke, Oliver Matzke

Titelbild: © SODI/Nemanja Pancic



Druck | ID 11151-1708-3055

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 15.08.2017 | Erscheint vierteljährlich | Die Redaktion behält sich vor Leserzuschriften auch gekürzt zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung von SODI wieder.